

Carte Blanche von NR Maya Graf für Volksstimme vom 11. Juli 2019

Jetzt handeln – zum Wohl von Mensch, Natur und einer zukunftsfähigen Landwirtschaft

Die Debatte über die sogenannten „Pestizidinitiativen“ wird emotional geführt – hüben wie drüben. Das ist verständlich, denn es geht dabei um nicht weniger als die Weichenstellung für unsere landwirtschaftlichen Produktionssysteme der Zukunft. Gerade weil dies Fragen mit so grosser ökologischer wie gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Tragweite sind, ist eine sachliche, faktenbasierte und respektvolle Diskussion essenziell.

Die Schweiz hat ein Problem mit Pestiziden. Die Rückstände synthetischer Pflanzenschutzmittel belasten unsere Böden und Gewässer. Die toxischen Substanzen schaden Fischen, Pflanzen und Kleinlebewesen, belasten unser Trinkwasser, bedrohen Insekten und Nützlinge. Das ist alarmierend, denn Insekten sind nicht nur wichtige Bestäuber, sie bilden die Grundlage unserer Nahrungsmittelpyramide. Der Bundesrat hält fest: Verschwinden die Insekten, hat das drastische Folgen für Gesellschaft und Landwirtschaft. Dass dringender Handlungsbedarf besteht, ist also klar. Umfragen zeigen, dass dies auch dem Wunsch der Bevölkerung – inklusive der FDP-Basis – entspricht.

Handlungsbedarf sieht auch Bauernpräsident Markus Ritter. Uneinig ist man sich über das WIE. Denn auf politischer Ebene hat sich ein breiter Konsens darüber geformt, dass die beiden Pestizidinitiativen über das Ziel hinausschiessen und dringend ein verbindlicher, vernünftiger Gegenvorschlag zu den beiden Volksbegehren ausgearbeitet werden muss. Doch wer sich mit Händen und Füssen gegen einen solchen Gegenvorschlag wehrt, ist der Bauernverband. Er empfiehlt die beiden Initiativen mit Hinweis auf den Aktionsplan Pestizide und 51 freiwillige Massnahmen alternativlos zur Ablehnung. Das ist unverständlich, denn er stellt das grosse Vertrauen der Bevölkerung in unsere qualitativ hochstehenden Schweizer Lebensmittel unnötig aufs Spiel.

Ein Gegenvorschlag ist schneller umsetzbar und muss wichtige Elemente aufnehmen, die im jetzigen Aktionsplan fehlen: Eine Lenkungsabgabe auf Pestizide, ein Verbot der human- und ökotoxikologisch risikoreichsten Pflanzenschutzmittel, den Einbezug der Pestizidreduktion bei Privatanwendern und der öffentlichen Hand. Ebenso muss die neue Agrarpolitik 22+ finanzielle Investitionen in eine standortgerechte Pflanzenzüchtung für bessere Resistenzen gegen Krankheiten, in die Erforschung biologischer Pflanzenschutzmittel und in Anreize für umweltschonende Anbausysteme enthalten. Das hilft allen: unserer Gesundheit, unserer Umwelt und unseren Bauernfamilien. Wer heute nachhaltig und mutig handelt, ist bereit für die Zukunft. Wer den Kopf in den Sand steckt, erweist nicht nur der Gesellschaft und kommenden Generationen, sondern auch der Landwirtschaft einen Bärendienst. Genau so sehen es auch die kommunalen Trinkwasserversorger, die Gewässerschutzfachleute, die Imkerverbände, die Jungparteien der FDP, CVP und BDP, die Bio-Suisse, der Detailhandel und viele andere. Diese haben nämlich den Nationalrat angeschrieben und uns dringend um verbindliches Handeln mit einem Gegenvorschlag gebeten.